

## Manuskript

# Beitrag: Rechtspopulisten im EU-Parlament – Erstarkt und doch zerstritten

Sendung vom 28. Mai 2019

von Joachim Bartz

### **Anmoderation:**

Vor wenigen Tagen demonstrierten sie noch Einigkeit. Rechte Parteien, einig im Polemisieren, einig gegen die EU. Jetzt wollen sie im neuen Europaparlament eine eigene und einige Fraktion bilden. Sieht man aber genauer hin, gibt es ein großes Durcheinander. Austritt aus dem Euro, Haushaltsdisziplin, Russlandpolitik, selbst beim Thema Migration sind die Gegensätze groß. Die vermeintliche Einheitsfront hat Risse. Joachim Bartz berichtet.

### **Text:**

Sie sind erstarkt: Rechts-Außen-Parteien in Europa - wie AfD, Rassemblement National, Fidesz, FPÖ, Lega oder PiS aus Polen. Sie geben sich gern einig.

***O-Ton Jörg Meuthen, AfD, Parteivorsitzender:  
Dafür steht die Lega, dafür steht der Rassemblement, dafür  
steht die AfD, dafür stehen die FPÖ und all die vielen Partner,  
die wir finden. Und glauben Sie mir, wir haben ein  
bärenstarkes Bündnis, das sich gerade zusammenfindet.***

Im EU-Parlament wollen sie eine neue große Fraktion bilden. Doch mit einer Stimme sprechen Europas Nationalisten keineswegs.

Beispiele:

Was ist mit der Eurozone? Drin bleiben oder raus?

Die AfD fordert in ihrem Europawahlprogramm eine „Wiedereinführung nationaler Währungen“. Die Nationalisten aus Frankreich, Österreich und Italien sind dagegen.

***O-Ton Prof. Friedrich Heinemann, Leibniz-Zentrum für  
Europäische Wirtschaftsforschung:***

***Dass Italien überhaupt an den Märkten noch Kredit erhält, ist ganz wesentlich der Euro-Mitgliedschaft, dem Schutz durch die Europäische Zentralbank, der EU-Mitgliedschaft zu danken, weil Kreditgeber wissen: Italien ist nicht auf sich alleine gestellt. Und das ist ein Riesenvorteil gerade für Länder wie Italien, aber auch zunehmend Frankreich, die doch sehr hoch verschuldet sind.***

Nächstes Beispiel: Haushaltsdisziplin. Italien bricht alle EU-Regeln und ist mit 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts doppelt so hoch verschuldet wie erlaubt - will mit höheren Schulden Wählergeschenke finanzieren.

***O-Ton Matteo Salvini, Lega, Innenminister, am 14.11.2018: Wir arbeiten hier an einem Finanzplan, der mehr Arbeitsplätze, mehr Rente und niedrigere Steuern bringen soll - vielleicht nicht für alle Italiener, aber doch für viele. Wenn die EU das gut findet, freut mich das, wenn nicht, machen wir trotzdem weiter.***

Alice Weidel, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, ist empört über Salvinis Pläne:

***„Irrer Haushaltsentwurf Italiens auf Kosten Deutschlands – Warum sollen wir für die reichen Italiener zahlen?“***

Und:

***„Die spinnen, die Römer!“***

Friedrich Heinemann vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat die Positionen von AfD und Lega untersucht. Sein Fazit: Die deutschen und die italienischen Nationalisten passen wirtschafts- und finanzpolitisch überhaupt nicht zusammen.

***O-Ton Prof. Friedrich Heinemann, Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung: Die AfD ist ja gegründet worden aus der Kritik an der Euro-Rettung. Das ist ja eine Gruppierung, die europäische Solidarität ablehnt, und die südeuropäischen Populisten wollen ja genau das Gegenteil. Die bauen ja darauf, dass ihre ganzen unrealistischen Ideen zum Geld ausgeben, zum Steuer senken, irgendwo von der Europäischen Zentralbank oder von Nordeuropa gestützt, finanziert werden. Also, die Interessen sind fundamental entgegengesetzt.***

Fundamental entgegengesetzt sind die Positionen der Rechtsaußen-Parteien auch bei der Frage: EU abschaffen oder nicht?

Die AfD denkt in ihrem Europawahlprogramm an „**einen Austritt**

**Deutschlands oder eine geordnete Auflösung der Europäischen Union“.** Polen und Ungarn wollen das auf keinen Fall. Die Ministerpräsidenten Viktor Orbán von der Fidesz und Mateusz Morawiecki von der PiS sind – was die EU angeht – ganz anderer Ansicht als die AfD. Denn aus Brüssel bekamen Polen und Ungarn 2017 fast zwölf Milliarden Euro mehr, als sie einzahlten.

Selbst beim Thema Migration sind Europas Nationalisten uneins. Die italienische Lega von Matteo Salvini will Flüchtlinge auf ganz Europa verteilen - die anderen rechten Parteien wollen das auf gar keinen Fall.

Auch in der Russland-Politik gibt es Streit. Viktor Orbán von der Fidesz ist ein großer Putin-Freund und fordert - genauso wie AfD und FPÖ – das Ende der Russland-Sanktionen. Die wurden von der EU wegen der Annexion der Krim verhängt. Jaroslaw Kaczyński von der polnischen PiS will, dass die Sanktionen bleiben. Für ihn ist Russland ein Aggressor und Putin eine nationale Bedrohung - ganz im Gegensatz zu AfD, Fidesz und FPÖ.

Europas Nationalisten sind in vielem uneins und sie heizen sogar längst befriedete Konflikte wieder an. „**Süd-Tirol ist nicht Italien!**“ ist wieder zu hören. Die FPÖ wollte noch vor drei Wochen den Bewohnern von Südtirol in Italien österreichische Pässe ausstellen. Sehr zur Verärgerung des italienischen Innenministers und Lega-Chefs Matteo Salvini. Der stellt klar: „**Italien entscheidet, wer den Pass erhält**“.

Mailand, 18. Mai. Zwölf Rechts-Außen-Parteien aus ganz Europa wollen ein Bündnis schmieden und im EU-Parlament eine gemeinsame Fraktion bilden. Die „Europäische Allianz der Völker und Nationen“. Sie beschwören den angeblich historischen Moment, um ihre Länder vom vermeintlichen Diktat aus Brüssel zu befreien. Doch nicht einmal auf einen gemeinsamen Spitzenkandidaten können sie sich einigen.

**O-Ton Prof. Friedrich Heinemann, Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung:**  
**Mein Fazit ist, dass diese populistischen Gruppierungen bei vielen grundsätzlichen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik - aber auch wenn man näher hinschaut - der Migrationspolitik keinen Konsens haben. Und das bedeutet, dass die nicht in der Lage sein werden, im nächsten Europäischen Parlament einen wirklichen Beitrag zur Lösung europäischer Probleme zu leisten.**

„Prima l’Italia!“ wehte über Mailand - „Italien zuerst!“. Europas Nationalisten denken vor allem an sich: „Ungarn zuerst!“, „Österreich zuerst!“ und „Deutschland zuerst!“.



**Zur Beachtung:** Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.